

Schuraer Bürgerinitiative sieht deutsche Politik gefordert

Umwelt Gefahr einer Verseuchung des Grundwassers am Oberrhein wird auch bei den Freunden im Elsass gesehen. Ein Appell an Politiker der Region fruchtete nicht wie erhofft.

Mehr als ein halbes Jahr ist es her, dass eine Abordnung der Bürgerinitiative Schura das elsässische Wittelsheim besuchte. Alte Verbindungen aus der Zeit des Protests gegen die Ansiedlung einer Giftmülldeponie auf der Baar sind nie abgerissen. Heute stehen die Schuraer den Elsassern im Kampf gegen die endgültige Verfüllung einer Deponie zur Seite, in der um die 45 000 Tonnen hochgiftiger Abfälle gelagert sind.

Bei einem Treffen in dieser Woche im Elsass brachten sich beide Seiten auf den neuesten Stand der Dinge. Dabei wurde deutlich, dass nach wie vor zwei Sichtweisen aufeinanderprallen: Die französische Regierung will die Stollen verfüllen und versiegeln und geht davon aus, dass damit keine Giftstoffe ins Grundwasser eindringen können. Daran gibt es auf lokaler Ebene – bei den Bürgern wie auch den örtlichen Behörden und Entscheidungsträgern – erhebliche Zweifel: Sie fordern, den Giftmüll aus dem Bergwerk herauszubringen, um verheerende Folgen für die Umwelt zu vermeiden.

Briefe an 40 Politiker

Einer der Mitstreiter auf der Seite der Verfüllungsgegner ist der elsässische Parlamentsabgeordnete Hubert Ott: Er will eine Initiative starten, in der überparteilich Mandatsträger gewonnen werden sollen, um die französische Staatsregierung umzustimmen. Da die Schuraer wenig Möglichkeiten haben, auf die französischen Entscheidungsträger in Departement und Regierung einzuwirken, haben sie Briefe vor allem an deutsche Politiker geschrieben. Mit wenigen Ausnahmen, gingen doch auch Briefe an den Präsidenten Emmanuel Macron und die Bürgermeister französischer Grenzstädte. In dieser Resolution weisen die Unterzeichner auf die Gefahr einer großflächigen Verseuchung des riesigen Grundwasservorkommens am Oberrhein hin – ein unterirdischer Schatz, der von Basel und Mulhouse im Süden bis Mainz im Norden reicht. Um das wertvolle Gut nicht zu gefährden, fordern die Bürgerinitiativen, dass der Giftmüll restlos aus dem Bergwerk herausgeholt werden müsse, um dann sauber und umweltverträglich entsorgt werden zu können.

Schreiben wurden an die Präsidentin der Europäischen Kommission, an den Bundespräsidenten, an den Bundeskanzler, an die Ministerpräsidenten, an Oberbürgermeister sowie die Mandatsträger in der Region verschickt. „Die Resonanz war mehr als enttäuschend“, sagt BI-Sprecher Andreas Solleder. Auf die 40 verschickten Schreiben habe es gerade einmal zehn Ant-



Das ehemalige Kali-Bergwerk in Wittelsheim dient heute als Giftmülldeponie. Über deren Zukunft wird heftig gestritten. Andreas Solleder (unteres Foto, Mitte) mit den französischen Freunden Yann Flory (links) und Philippe Aullen.

Fotos: NQ-Archiv/Privat

worten gegeben – „die meisten davon nichtssagend“. Keine oder nur verrostende Resonanz wurde aus dem Lager der Grünen und auch der SPD registriert: Die örtliche Abgeordnete Martina Braun (Grüne) habe sich gar nicht gemeldet, Derya Türk-Nachbaur sei wenig interessiert gewesen, so Solleder.

Es gab aber Ausnahmen. So antwortet die CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen, Maria-Lena Weiss: „Ich nehme Ihre Sorgen sehr ernst und teile Ihre Bedenken bezüglich der Sondermülldeponie in Wittelsheim.“ Der

„Die Resonanz war mehr als enttäuschend.“

Andreas Solleder

Der BI-Sprecher zu den Reaktionen aus der Politik auf die Resolution vom vergangenen Juni.

marode Zustand des ehemaligen Kalistollens sei in der Tat besorgniserregend und stelle eine Gefährdung für eine sichere und unbedenkliche Trinkwasserversorgung der Region dar. Die Bundestagsabgeordnete begrüßt das Engagement der BI und verspricht, ihre Anliegen zu unterstützen. Sie kündigt an, sich mit den Abgeordneten in den Wahlkreisen Lörrach-Mühlheim und Waldshut, Diana Stöcker und Felix Schreiner, in Verbindung zu setzen, um mit ihnen Maßnahmen zu beraten. Ihr Büro werde auch eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung vorbereiten, um die Sichtweise der Bundesregierung zu erfahren. Unterstützende Resonanz habe es



auch von der SPD-Landtagsabgeordneten Gabi Rolland (Freiburg) und Guido Wolf (Tuttlingen) gegeben.

Die insgesamt eher verhaltene Resonanz auf den Vorstoß ist für Solleder und seine Mitstreiter auf deutscher und französischer Seite zwar enttäuschend, doch wollen sie nicht lockerlassen. Das Gesprächsangebot von Maria-Lena Weiss werden sie annehmen, um sie für dieses Problem weiter zu sensibilisieren. Diese Woche gab es im französischen Wittelsbach ein erneutes Treffen, bei dem die Bürgerinitiativen aus dem Elsass und Deutschland die Reaktionen der letzten Monate zusammentrugen und die politischen Entwicklungen in diesem Zeitraum bewerteten.

Verworrene Lage

Die derzeitige Lage präsentiert sich dabei als recht verworren. Sah es nach einem Präfekturerlass vor einem Jahr so aus, als würde die Deponie mit einer Betonummantelung versiegelt und dann geschlossen werden, so brachte eine Klage gegen diesen Erlass vor dem Verwaltungsgericht in Straßburg Erfolg für die Elsässer Bürgerinitiative: Die Aufschüttungs- und Betonarbeiten mussten eingestellt werden, so die Auflage. Zu klären sei, welche Stoffe in der Deponie gelagert würden. Dabei hegen die Vertreter der Bürgerinitiative

den Verdacht, dass im ehemaligen Kali-Bergwerk auch verbotene Stoffe illegal entsorgt wurden. Zwischenzeitlich wurden noch einmal Gerichte bemüht, will doch die Zentralregierung eine Verfüllung der Deponie durchdrücken. Noch steht allerdings nach entsprechender Entscheidung des Straßburger Verwaltungsgerichts vom 12. Januar 2023 das Verbot einer endgültigen Verschließung, was im Lager der französischen Aktivisten um Yann Flory Hoffnungen aufkeimlassen.

Beim deutsch-französischen Austausch auf BI-Ebene diese Woche wurde aber auch deutlich, dass diese gerichtliche Entscheidung allenfalls als Teilerfolg zu werten ist. „Der Kampf muss weitergehen“, sagt Solleder mit Blick auf diese wendungsreiche Angelegenheit. Es gelte letztendlich, die Regierung in Paris davon zu überzeugen, dass der ganze Giftmüll aus dem Bergwerk entfernt werden müsse. Unterstützung von deutscher Seite sei wichtig. Aber gerade bei den Vertretern der Regierungsparteien erkennt Solleder eine gewisse „Beißhemmung“ gegenüber den französischen Stellen. Eigentlich verwunderlich, so der Schuraer, wäre Deutschland durch einen Unfall in der grenznahen Deponie doch genauso betroffen wie die Seite westlich des Rheins. mas